Niederschrift

Gremium	Sitzung - FG/065(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss	Mittwoch,	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	19:00Uhr
	13.06.2007			

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschriften vom 02.05.2007 und vom 16.05.2007

3 Informationen

3.1 Möglichkeiten zur Refinanzierung von straßenbaulichen Maßnahmen durch Beiträge vor Entstehung der sachlichen Beitragspflicht (Beendigung der Maßnahme)

Vorlage: I0136/07

BE: FB 62

5 Beschlussvorlagen und Informationen

- 5.1 Verschiedenes
- 5.1.1 Übersicht über die Haushaltsausgabereste (WV aus FG-Sitzung vom 02.05.2007, 16.05.2007 und 30.05.2007) BE: FB 01, EB KGM; 19:05 Uhr

5.2 Umsetzung des SR-Beschlusses vom 11.12.2006 zum

Änderungsantrag DS 0349/06/10

Vorlage: I0129/07 BE: EB KGM

5.3 Aufstellung aller städtisch genutzten Flächen und Gebäude (WV aus FG-Sitzung vom 04.04.2007 und 16.05.2007)

BE: EB KGM

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Schriftführer

Frau Michaela Paetsch

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung sind insgesamt 7 Mitglieder des Finanz- und Grundstücksausschusses anwesend.

Herr Bromberg eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1.1. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung lag den Stadträten rechtzeitig vor. Im Übrigen wird den Stadträten für die heutige Sitzung noch die Information "I0157/07 Festsetzungsbescheid des Finanzamtes Magdeburg I über Kapitalertragsteuer auf Erträge aus Beteiligungen an der P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg für die Kalenderjahre 1999, 2000, 2001 und 2002 vom 22.01.2007" ausgereicht.

Der so ergänzten Tagesordnung wird mit 7-0-0 zugestimmt.

1.2. Genehmigung der Niederschriften vom 02.05.2007 und vom 16.05.2007

Bezüglich der Niederschrift vom 02.05.2007 bittet **Herr Schindehütte** zu TOP 1.1 um Ergänzung, dass die CDU-Ratsfraktion bei Ausreichung der Tischvorlagen einen Verstoß gegen die Geschäftsordnung geltend gemacht hat.

Ebenso ist eine Ergänzung der Aussagen zum Rederecht von Stadträten, die als Gast an Ausschusssitzungen teilnehmen, nachzutragen. Demnach besteht kein Rederecht, wenn es hierzu Widerspruch eines Ausschussmitgliedes gibt, es sei denn, ein Ausschussmitglied verzichtet zu Gunsten des Gastes auf sein Rederecht.

Die so ergänzte Niederschrift vom 02.05.2007 wird mit 7-0-1 bestätigt.

Mit Bezug auf den TOP 4.2 der Niederschrift vom 16.05.2007 führt Herr Schindehütte aus, dass seine dort enthaltenden Ausführungen nicht korrekt wiedergegeben sind. Er bitte um folgende Korrektur:

Herr Schindehütte fragt sich, wieso für die Vorhaben Gesellschaftshaus, Elbe-Schwimmhalle sowie Ernst-Grube-Stadion sowie Kanubootshaus Werder noch HAR gebildet wurden. Die Vorhaben sind längst abgeschlossen und es werden dennoch Gelder vorgehalten. Im Übrigen kann er nicht verstehen, warum die HAR Ernst-Grube-Stadion für die Maßnahme der Rudervereinigung Alt Werder zur Sanierung des Kanubootshauses eingesetzt werden sollen. Er findet nicht in Ordnung, dass für anhängige Prozesse Mittel zurückgehalten werden. In diesem Zusammenhang erinnert er daran, dass bei dem damaligen Verkauf von der Verwaltung ausgeführt wurde, dass die Kosten vom Investor getragen werden.

Die so korrigierte Niederschrift vom 16.05.2007 wird mit 8-0-0 bestätigt.

Öffentliche Sitzung

3. Informationen

3.1. Möglichkeiten zur Refinanzierung von straßenbaulichen Maßnahmen durch Beiträge vor Entstehung der sachlichen Beitragspflicht (Beendigung der Maßnahme) Vorlage: I0136/07

Herr Bromberg bittet um Auskunft, auf welcher Basis die Ablösevereinbarungen berechnet werden.

Herr Dr. Scheidmann erläutert, dass dies auf Basis einer Schätzung erfolgt.

Herr Stern ist der Ansicht, dass die Abschnittsbildung/Kostenspaltung sehr vorsichtig und ausgewogen erfolgen muss, da die Gegebenheiten doch sehr unterschiedlich sind.

Dies wird von **Herrn Dr. Scheidmann** bestätigt und dahingehend ergänzt, dass diese aber immer mit einem gewissen Risiko behaftet ist.

Herr Westphal fragt nach, warum diese Information heute im Finanz- und Grundstücksausschuss behandelt wird.

Herr Dr. Scheidemann führt aus, dass man mit dieser Information darstellen will, wie man das Verfahren insgesamt beschleunigen könnte.

Herr Westphal kann diese Erläuterung nicht nachvollziehen, da man in der Information nur einzelne Teile betrachtet hat. Im Übrigen ist er der Auffassung, dass es zu diesem Sachverhalt einen Grundsatzbeschluss des Stadtrates geben müsste.

Herr Schindehütte vertritt den Standpunkt, dass man grundsätzlich auch die Einnahmen, die man damit erzielen könnte, aber auch den Aufwand der dabei entsteht, entsprechend darstellen müsste.

Herr Dr. Scheidemann erläutert, dass die Maßnahmen sehr unterschiedlich sind, so dass man den entstehenden Aufwand nicht ohne weiteres beziffern kann.

Öffentliche Sitzung

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Verschiedenes

Herr Westphal möchte wissen, was nun mit der Haushaltssatzung nach der Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt ist. Dabei interessiert ihn insbesondere wo es Abweichungen/Änderungen gegenüber den Stadtratsbeschlüssen gibt. In diesem Zusammenhang bittet er um eine Übersicht darüber, welche der beschlossenen Maßnahmen nicht mehr realisiert werden können.

Herr Zimmermann erläutert, dass die Genehmigung des Landesverwaltungsamtes eine auflösende Bedingung enthält, die beinhaltet, dass einzelne Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen bis zum 30.09.2007 entsprechend zu konkretisieren sind. Im Übrigen ist die Entsperrung der Haushaltsansätze bereits erfolgt. Die Verwaltung ist jedoch weiterhin gehalten, die Sparmaßnahmen, die die Budgets betreffen, entsprechend einzuhalten. Im Übrigen hat sich der Oberbürgermeister die Prüfung der Maßnahmen aus der Prioritätenliste 2 (PC, Möbel etc.) entsprechend vorbehalten.

Frau Meinecke möchte mit Bezug auf die I0053/07 wissen, ob die Haushaltsmittel entsprechend ausgezahlt wurden.

Herr Zimmermann erklärt, dass dafür als auch für alle anderen Maßnahmen zur Haushaltsumsetzung die Fachbeigeordneten verantwortlich sind, so dass er dazu keine Aussage machen kann.

Herr Bromberg ist der Auffassung, dass eine Gesamtübersicht über die Ausgabenplanung für das HH-Jahr 2007 jedoch auch im FB 02 vorliegend sein muss.

Herr Zimmermann erwidert in diesem Zusammenhang, dass dieser Gesamtüberblick mit der Abrechnung per 30.06.2007 erfolgt.

Herr Schindehütte bittet um Auskunft, ob die Leute, die im Rahmen der GWA-Veranstaltungen im 1. Halbjahr mit privaten Mitteln in Vorleistung gegangen sind, nun dafür kein Geld erstattet bekommen werden.

Herr Zimmermann erläutert, dass die Vereine und Verbände im Zuge der Haushaltssperre lediglich einen Brief erhalten haben, dass im Rahmen der Haushaltssperre keine Auszahlung von Geldern erfolgen kann.

5.1.1. Übersicht über die Haushaltsausgabereste (WV aus FG-Sitzung vom 02.05.2007, 16.05.2007 und 30.05.2007)

Herr Bromberg begrüßt Herrn Borchers und Herrn Dr. Hahn zu diesem Tagesordnungspunkt und erläutert nochmals umfassend den Informationsbedarf des Finanz- und Grundstücksausschusses.

Herr Borchers erläutert, dass die Informatikstrategie der Stadt aus dem Jahr 2004 bis zum Jahr 2008 fortgeschrieben wurde und die entsprechenden Haushaltsmittel jeweils in den Haushaltsplan und die mittelfristige Finanzplanung eingeflossen sind. Des Weiteren macht er Ausführungen zu den einzelnen Projekten der IuK-Strategie und führt dabei insbesondere die Vereinheitlichung der Hard- und Software, die Einführung der e-Vergabe, den Ausbau des Internetportals und die Einführung des Doppik-Systems an. Im Übrigen macht er deutlich, dass es sich dabei z. T. um Projekte handelt, deren Fortschritt sich nicht so schnell vollzogen hat, wie ursprünglich geplant. Darüber hinaus erläutert er, dass die entstandenen Haushaltsausgabereste nicht für andere Projekte sondern weiterhin für die ursprünglichen Planungen eingesetzt werden

Herr Schindehütte ist mit dieser Antwort nicht sonderlich zufrieden, da dies eine Standardantwort sei, die jeder andere Fachbereichs-/Amtsleiter, wenn es über die Verwendung der Haushaltsausgabereste geht, ebenfalls geben könnte.

Herr Westphal fragt mit Bezug auf die in der Haushaltsstelle 2.06101.935200.4-09 angegebenen Haushaltsausgabereste in Höhe von 975.200 EUR nach, wie der jetzige Erfüllungsstand sei und wie viele Haushaltsmittel in dieser Haushaltsstelle im Haushaltsplan 2007 ausgewiesen sind.

Herr Borchers erläutert, dass er zu dem derzeitigen Erfüllungsstand der Haushaltsausgabereste keine detaillierten Angaben machen kann und im Haushaltsplan 2007 in dieser Haushaltsstelle 662.200 EUR ausgewiesen sind.

In diesem Zusammenhang fragt **Herr Westphal** kritisch an, warum im Haushaltsplan 2007 wiederum 662.200 EUR eingeplant wurden, wenn die alten Haushaltsausgabereste in Höhe von 975.200 EUR noch nicht verwendet wurden bzw. noch nicht klar ist, wofür diese verwendet werden sollen.

Herr Dr. Hahn erwidert, dass sich die IuK-Strategie in 15 Einzelprojekte unterteilt, von denen einige kostenneutral sind.

Herr Bromberg macht deutlich, dass er an dieser Stelle, eine konkrete Auflistung der Mittelbindung durch Verträge etc. und eine konkrete Umsetzungszeitschiene erwartet hätte.

Herr Dr. Hahn erläutert, dass man hierbei an die KID als IuK-Dienstleister gebunden sei und diese auch die entsprechende Umsetzung realisiert.

Herr Westphal ist der Meinung, dass es dennoch eine entsprechende Ausschreibung der einzelnen Projekte geben muss. Daraufhin erwidert Herr Borchers, dass man dies so einfach nicht betrachten kann, da zwischen der Landeshauptstadt und der KID umfangreiche vertragliche Beziehungen bestehen und die Abrechnung der einzelnen Maßnahmen immer erst nach Umsetzung der Projekte erfolgt.

Herr Franke bittet um Auskunft, ob diese Maßnahmen nicht bereits im Rahmenvertrag enthalten sind. Dies wird von Herrn Dr. Hahn verneint.

Nach einer weiteren Diskussion kommen die Stadträte schließlich überein, dass die Verwaltung dem Finanz- und Grundstücksausschuss zu den Haushaltsausgaberesten, die den FB 01 betreffen, eine detaillierte Auflistung aller bestehenden Verträge etc., die zugehörigen konkreten Umsetzungszeiträume und die geplante Auftragshöhe der einzelnen Maßnahmen entsprechend aufbereitet, so dass eine erneute Behandlung im Finanz- und Grundstücksausschuss zu dieser Sache am 04.07.2007 erfolgen kann.

Herr Bromberg verlässt um 18:50 Uhr die Sitzung und übergibt die Sitzungsleitung an Frau Meinecke.

5.2. Umsetzung des SR-Beschlusses vom 11.12.2006 zum Änderungsantrag DS 0349/06/10

Vorlage: I0129/07

Auf Nachfrage von **Herrn Franke**, ob der Mietvertrag für das Gebäude in der Jean-Burger-Str. 11 gekündigt ist, erwidert **Frau Kobow** das die Kündigung erfolgt ist.

Die Information wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

5.3. Aufstellung aller städtisch genutzten Flächen und Gebäude (WV aus FG-Sitzung vom 04.04.2007 und 16.05.2007)

Frau Meinecke führt aus, dass den Stadträten zu diesem TOP bisher keine aktualisierten Unterlagen zugegangen sind, so dass eine Behandlung in der heutigen Sitzung nicht stattfinden kann.

Herr Bartholomäus erläutert, dass die geforderte Übersicht am 11.06.2007 über den Oberbürgermeister rausgegeben wurde.

Herr Zimmermann und die Schriftführerin erklären, dass die von Herrn Bartholomäus angesprochenen Unterlagen dem geschäftsführenden Amt bisher nicht zugegangen sind.

Aus diesem Grund wird dieser TOP bis zur nächsten Sitzung des Finanz- und Grundstücksauschusses vertagt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hans-Dieter Bromberg Vorsitzende/r Michaela Paetsch Schriftführer/in